

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. Oktober 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	32	Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	3, 35
Beucher, Friedhelm Julius (SPD)	5, 6	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	11, 20
Bredenhorn, Günther (F.D.P.)	1	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	7
Duve, Freimut (SPD)	22, 23	Ostertag, Adolf (SPD)	36, 37
Dr. Enkelmann, Dagmar (PDS/Linke Liste) . . .	17, 18	Ringkamp, Werner (CDU/CSU)	8, 9
Erler, Gernot (SPD)	27, 28	Schily, Otto (SPD)	33, 34
Ferner, Elke (SPD)	13, 14	Sielaff, Horst (SPD)	29, 30
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	24, 25	Stiegler, Ludwig (SPD)	10, 31
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	2	Tappe, Joachim (SPD)	21, 26
Kubatschka, Horst (SPD)	15, 16	Dr. Weng, Wolfgang (Gerlingen) (F.D.P.)	4
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	19, 38	Dr. Wetzel, Margrit (SPD)	12

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Senioren	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
**Günther
Bredehorn**
(F.D.P.)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob aus dem Brüsseler Agraretat in diesem Jahr dreistellige Millionensummen für die Obst- und Gemüsevernichtung ausgegeben werden sollen, so wie es in einer Pressemitteilung der Verbraucherpolitischen Korrespondenz (AGV), Nr. 36 vom 8. September 1992, S. 3, dargestellt wird, und wenn ja, wie hoch werden die Ausgaben sein?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

2. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)

An welchen Universitäten, Forschungseinrichtungen oder wissenschaftlichen Instituten werden im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung Tierversuche durchgeführt, und wie hoch sind die Kosten hierfür im Haushaltsjahr 1992?
3. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard-Schmid**
(SPD)

Welche exakten Daten liegen der Bundesregierung über Art und Anzahl der Waffensysteme, die auf dem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Spangdahlem zusätzlich stationiert werden sollen, sowie über deren potentielle Gefährlichkeit für die Bevölkerung vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie
und Senioren**

4. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
Weng**
(Gerlingen)
(F.D.P.)

Wann ist mit einer Gesetzesvorlage der Bundesregierung zu rechnen, in der die Sozialhilfeleistungen für Asylbewerber über die bisherige Rechtslage hinaus auf eine angemessene und sozialverträgliche Höhe reduziert bzw. umstrukturiert werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post
und Telekommunikation**

5. Abgeordneter
**Friedhelm Julius
Beucher**
(SPD)
- Weiß die Bundesregierung, daß die Deutsche Bundespost POSTDIENST eine Sondermarke zur Rettung des tropischen Regenwaldes (Wert 100 + 50 Pfennig) herausgegeben hat und über die Verwendung des zu erwartenden Erlöses von 15 Mio. DM weder eine Entscheidung getroffen hat, noch weiß, welches Gremium darüber entscheiden soll?
6. Abgeordneter
**Friedhelm Julius
Beucher**
(SPD)
- Ist es richtig, daß die Deutsche Bundespost für die erwähnte „Regenwald-Sondermarke“ auf der einen Seite mit großen Zeitungsanzeigen („Schluß mit dem Raubbau“) wirbt und andererseits nach wie vor Tropenholz verbaut, so wie zum Beispiel am Hamburger Fernsehturm, wo im Juni 1992 50 reparaturbedürftige Fenster gegen Teakholzfenster ausgetauscht wurden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

7. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer**
(Ulm)
(SPD)
- Erwägt oder plant die Bundesregierung Maßnahmen, um dem gestiegenen Baulandbedarf – vor allem in Ballungsräumen – Rechnung zu tragen (z. B. Bauverpflichtungen, höhere Grundsteuer für baureifes Land, Verpflichtung der Kommunen zu verstärktem Verkauf von kommunalen Grundstücken)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

8. Abgeordneter
**Werner
Ringkamp**
(CDU/CSU)
- In welchen Ländern des europäischen Auslandes wird das deutsche medizinische Staatsexamen als Berufsqualifikation noch anerkannt, und welche zusätzlichen Zeugnisse werden in den außer-europäischen Ländern von deutschen Medizern verlangt, bevor sie als Arzt beruflich tätig werden dürfen?

9. Abgeordneter
Werner Ringkamp
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten gibt es für deutsche Medizinstudenten in Deutschland, Nachweise zu erwerben, damit sie im außereuropäischen Ausland als Ärzte tätig werden können?
10. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Hat die Bundesregierung eine Übersicht über die Anzahl und den Arzneimittelbedarf chronisch Kranker, und wird sie für diesen Personenkreis bei der Erarbeitung der revidierten Fassung des Gesundheits-Reformgesetzes eine Sonderregelung vorschlagen?
11. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Wie hoch sind die Kosten des Krankenversicherungswesens, und inwieweit soll eine Kostensenkung mit der neuen Gesundheitskostenstruktur erreicht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

12. Abgeordnete
Dr. Margrit Wetzel
(SPD)
- Welche Gründe bewegen den Bundesminister für Verkehr, sich einer persönlichen Kenntnisnahme der politischen Forderungen von Seemannsfamilien zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen an Bord von Seeschiffen zu verweigern?
13. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Gutachtens des ehemaligen SNCF-Präsidenten Essig, nach dem die geplante Abzweigung des TGV-Est über Saarbrücken nach Mannheim unwirtschaftlich sei und eingespart werden könne, und welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um die Einhaltung der Vereinbarung über die Schnellbahnverbindung Paris — Ostfrankreich — Südwestdeutschland vom 22. Mai 1992 seitens der französischen Regierung sicherzustellen?
14. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge zur Finanzierung des TGV-Est, nach denen eine von staatlichen und privatem Kapital getragene Gesellschaft den Bau der Trasse übernimmt, deren finanzielle Beteiligung über Aufschläge auf die Fahrpreise in Höhe von bis zu 50% geltend gemacht würden, und welche Auswirkungen könnten solche erhöhten Fahrpreise auf das Fahrgastaufkommen im Vergleich zu der geplanten Trasse über Straßburg haben?

15. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor über den zusätzlichen Kraftstoffverbrauch und die Schadstoffemissionen im Luftverkehr, die durch die Wartezeiten im überfüllten deutschen Luftraum verursacht werden, und bereitet sie entsprechende Initiativen vor, um diese Umweltbelastung zu begrenzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

16. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Wie hoch sind die durch die Abgabe radioaktiver Stoffe mit der Abluft und dem Abwasser bei den atomaren Zwischenlagern, z. B. beim Transportbehälterlager und beim Faßlager Gorleben, der EVU-Lagerhalle Mitterteich und dem Zwischenlager Karlsruhe, hervorgerufenen Strahlenexpositionen der in der Umgebung lebenden Personen, und werden die in der Verordnung über die Gewährleistung von Atomsicherheit und Strahlenschutz (VOAS) festgelegten Grenzwerte eingehalten?

17. Abgeordnete
**Dr. Dagmar
Enkelmann**
(PDS/Linke Liste)

Wie verhält sich die Bundesregierung bezüglich der von vielen Kommentatoren vertretenen Meinung, daß für das Verhältnis zwischen § 9 Abs. 5 Atomgesetz und § 14 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz die Konzentrationswirkung des atomrechtlichen Planfeststellungsverfahrens durchbrochen werde, also neben dem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren ein wasserrechtliches Erlaubnisverfahren durchgeführt werden müsse?

18. Abgeordnete
**Dr. Dagmar
Enkelmann**
(PDS/Linke Liste)

Hält die Bundesregierung im Zusammenhang mit der nach Artikel 85 Abs. 3 Grundgesetz im Planfeststellungsverfahren nach § 9b Atomgesetz bezüglich der Errichtung des Atommüll-Lagers Schacht Konrad in Salzgitter ausgesprochenen Weisung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit an die niedersächsische Landesregierung auch in bezug auf das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren für zulässig?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

19. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Verlauf und Ausgang der ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen nach 30 Jahren in Angola, und wie schätzt die Bundesregierung die weiteren Beziehungen zur neuen, demokratisch gewählten angolischen Regierung ein?
20. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Aufgrund welcher rechtlichen Regelung und seit wann bestehen deutsche konsularische Vertretungen in Polen und Schlesien auf der Eintragung polnischer Ortsnamen in Pässen von Deutschen, die in den Ostgebieten in einer Zeit geboren wurden, in der nach dem Potsdamer Abkommen diese Gebiete nach dem Willen der Siegermächte unter polnische Verwaltung gestellt worden waren?
21. Abgeordneter
Joachim Tappe
(SPD)
- Wie hoch ist die Zahl der Deutschen, die vorübergehend im Ausland leben und arbeiten, und wie viele Deutsche leben und arbeiten ständig im Ausland, ohne ihre deutsche Staatsbürgerschaft aufzugeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

22. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)
- Wer verwaltet die 20 Mio. DM, die der RIAS-BERLIN-Kommission aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden, und wer entscheidet über die Vergabe der Mittel und somit über die Projekte, die gefördert werden sollen?
23. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)
- Welche Personen sind Mitglied in dieser Kommission, von welcher Stelle wurden sie benannt?
24. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU)
- Was ist der Bundesregierung über kommerzielle Schlepperorganisationen zum Zwecke der Einreise als Asylbewerber bekannt?

- | | |
|--|---|
| 25. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung zur Unterbindung dieser Aktivitäten? |
| 26. Abgeordneter
Joachim Tappe
(SPD) | Wie viele Menschen – differenziert nach deutschen und ausländischen Bürgern – wandern jährlich aus der Bundesrepublik Deutschland aus? |
| 27. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD) | Wie erklärt sich die Bundesregierung den kontinuierlichen und raschen Anstieg der Asylbewerberzahlen aus Bulgarien (Juli: 2916, August: 3 335, September: 4669 Personen), während gleichzeitig die Zahl der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien stetig gesunken ist (Juli: 10 730, August: 8 438, September: 7 617)? |
| 28. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD) | Mit welchen Maßnahmen auf bilateraler oder europäischer Ebene hat die Bundesrepublik Deutschland auf das auffällige Anwachsen der Asylbewerberzahlen aus dem südosteuropäischen Reformstaat Bulgarien reagiert, bzw. welche Maßnahmen sollen ergriffen werden? |
| 29. Abgeordneter
Horst Sielaff
(SPD) | Wie viele Fälle sind seit Inkrafttreten der Änderung des Gesetzes zur Regelung des Aufnahmeverfahrens für Aussiedler (AAG) nach § 27 Abs. 2 abgewickelt worden, der vorsieht, daß Aufnahmeverfahren in besonderen Fällen nicht, wie inzwischen gesetzlich geregelt, im Herkunftsland, sondern in der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen werden? |
| 30. Abgeordneter
Horst Sielaff
(SPD) | Wer entscheidet über das Vorliegen der sogenannten Härtefallkriterien nach § 27 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung des Aufnahmeverfahrens für Aussiedler (AAG), und unter welchen Voraussetzungen werden diese angewandt? |
| 31. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD) | Welche Länder haben wie viele Einzelentscheider von den bei der Besprechung beim Bundeskanzler am 10. Oktober 1991 zugesagten 500 Einzelentscheidern dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bisher effektiv zur Verfügung gestellt? |
| 32. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung einzuleiten, damit die unbesetzten Stellen beim Bundesgrenzschutz – auch mit Blick auf die Lage der inneren Sicherheit in unserem Land – baldmöglichst besetzt werden können? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

33. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)
- Welche Nutzung plant die Bundesregierung für das Gelände des ehemaligen Militärflugplatzes Neubiberg?
34. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung das in Aussicht gestellte oder bereits erteilte Einverständnis mit einer Außenstart- und Landeerlaubnis für den Flugplatz Neubiberg?
35. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard-Schmid**
(SPD)
- Welche über das Jahr 1992 hinausgehende Informationen liegen der Bundesregierung über die Zukunft der Arbeitsplätze von deutschen Zivilbeschäftigten der amerikanischen Standorte Bitburg und Spangdahlem sowie über die Praxis der amerikanischen Streitkräfte vor, Planstellen von Zivilbeschäftigten mit amerikanischen Staatsbürgern zu besetzen, die nicht den Streitkräften angehören?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

36. Abgeordneter
**Adolf
Ostertag**
(SPD)
- In welcher Weise will die Bundesregierung verhindern, daß als Folge der von der EG-Kommission in Brüssel geplanten Änderungen im Bereich der Kohlesubventionierung, die mit den Beschlüssen der Bonner Kohlerunde 1991 und der Zielsetzung des Deutschen Energieprogramms vom Dezember 1991 nicht zu vereinbaren sind, ein massiver Arbeitsplatzabbau im Bergbau und in der Bergbauzulieferindustrie erfolgen würde, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sich der für die Gewährung der Kohlesubventionierung maßgebende EG-Förderpreis nicht exakt errechnen läßt, da dieser von den jeweiligen gesetzlichen Standards in den einzelnen Bergbauländern abhängig ist und somit nicht als Ausdruck für die jeweilige Leistungsfähigkeit gewertet werden darf?

37. Abgeordneter
**Adolf
Ostertag**
(SPD)

Mit welchen politischen Rahmenbedingungen will die Bundesregierung sicherstellen, daß die deutsche Kohle im Interesse der Zechen und der Bergbauzulieferindustrie künftig einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland und im EG-Binnenmarkt übernehmen kann, und wie hoch soll nach den Planungen der Bundesregierung der zukünftige Anteil deutscher Braun- und Steinkohle in der Stromerzeugung sein mit dem Ziel, die Abhängigkeit von Importenergien zu verringern?

38. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die vom Bundesminister für Wirtschaft, Jürgen W. Möllemann, im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 23. September 1992 zum Ausdruck gebrachte Haltung, daß die Vergabe von Hermes-Krediten auch in Zukunft nicht an umweltpolitischen Kriterien orientiert ist, und wie begründet sie, insbesondere auch unter dem Aspekt, welche Verpflichtungen die Bundesrepublik Deutschland auf dem Rio-Umweltgipfel eingegangen ist, daß entgegen allen Bekenntnissen der Bundesregierung zu Entwicklung und Umweltschutz staatlich verbürgte Exportkredite für die deutsche Wirtschaft nicht an umweltpolitischen Kriterien orientiert werden sollen?

Bonn, den 9. Oktober 1992

